

## 462017-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im Personalwesen, außer Stellenvermittlung und Ausleih von Arbeitnehmern – Weiterentwicklung und -führung des Führungskräftefeedbacks im BMV

OJ S 127/2026 06/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Verkehr, H14 - Servicestelle-Vergabe

E-Mail: [servicestelle-vergabe@bm.v.bund.de](mailto:servicestelle-vergabe@bm.v.bund.de)

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Weiterentwicklung und -führung des Führungskräftefeedbacks im BMV

Beschreibung: Das seit 2021 bestehende Führungskräftefeedback hat sich im Bundesministerium für Verkehr (BMV) als wichtiges Instrument zur Förderung von Führungskompetenz, Organisationskultur und Personalentwicklung etabliert. Es soll dauerhaft als strategisches Personalentwicklungsinstrument im Haus verankert bleiben. Mit Blick auf moderne Führungsanforderungen, digitale Arbeitsweisen, hybride Zusammenarbeit sowie strategische Anforderungen soll das Verfahren methodisch weiterentwickelt und fortgeführt werden, um sicherzustellen, dass es zukunftsfähig, nutzerfreundlich und inhaltlich modern bleibt. Ziel des Vorhabens ist die systematische Weiterentwicklung und professionelle Fortführung des Führungskräftefeedbacks im BMV, insbesondere - die Qualität und Aussagekraft des bestehenden Verfahrens zu erhöhen, - die Durchführung zu erleichtern und die Teilnahmequote zu erhöhen, - den Instrumenten-Baukasten um ein kurzes Feedback-Format zu ergänzen, - eine professionelle Auswertung und Rückmeldung durch Moderatoren/Coaches sicherzustellen sowie - eine Gesamtbetrachtung der Führungskultur zu ermöglichen. Ziele des Führungskräftefeedbacks sind die Weiterentwicklung von Führungskompetenzen und der Qualität der Zusammenarbeit in einer Organisationseinheit u. a. durch die Optimierung der Kommunikation zwischen Führungskräften und Beschäftigten und - wo sinnvoll - anderen Anstößen zu Verhaltensänderungen. Der Auftragnehmer übernimmt sämtliche Aufgaben zur Weiterentwicklung (inhaltlich-methodisch-technische Optimierung) sowie Weiterführung (operative Durchführung) des Führungskräftefeedbacks im BMV mit seinen Dienstsitzen in Berlin und Bonn.

Kennung des Verfahrens: f2c6372e-881d-4a33-b556-b4db9aa317e1

Interne Kennung: 6#0038

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79630000 Dienstleistungen im Personalwesen, außer Stellenvermittlung und Ausleih von Arbeitnehmern

### 2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist der Sitz des Bundesministeriums für Verkehr in Berlin, soweit die Leistungen nicht diesem Vertrag nach oder ihrer Natur nach an einem anderen Ort zu erbringen sind.

### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXWSYYDYT1MRKBVC# Die Bereitstellung von Vergabeunterlagen sowie die Kommunikation zwischen Bewerbern/Bietern und der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die e-Vergabe-Plattform der Bundesverkehrsverwaltung. Informationen über die e-Vergabe und die technischen Voraussetzungen für deren Nutzung erhalten Sie unter: <https://bms.bundesverkehrsverwaltung.de/>. \*\*\*\*\*Der Auftraggeber geht davon aus, dass alle für die Abgabe des Angebotes notwendigen Informationen in der Bekanntmachung und in den Vergabeunterlagen veröffentlicht wurden. Sollten dennoch Unklarheiten zur Abgabe des Angebotes bestehen, sind Fragen der Bieter schriftlich und in deutscher Sprache über das Portal (als registrierter Nutzer der e-Vergabe-Plattform der Bundesverkehrsverwaltung) rechtzeitig zu stellen. Die Fragen der Bieter werden gesammelt, sortiert und in angemessener Frist beantwortet. Sofern Fragen nicht bieterspezifische Sachverhalte betreffen, werden die Fragen und Antworten in anonymisierter Form allen Bietern über die e-Vergabe-Plattform zur Verfügung gestellt. Die Bieter, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung auf der e-Vergabe-Plattform keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig informieren, ob Bieterfragen beantwortet oder Vergabeunterlagen geändert wurden. Sollte sich aus den Bieterfragen und deren Beantwortung für das Vergabeverfahren ein zusätzlicher Informationsbedarf ergeben, erfolgt eine entsprechende Bekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union. \*\*\*\*\* Interessenten haben sich daher bis zum Ablauf der Angebotsfrist über weitere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren stets zu informieren. Im Fall von inhaltlichen Widersprüchen zur Auftragsbekanntmachung desselben Auftrags in anderen Bekanntmachungsmedien gelten einzig die Erklärungen der unionsweit über das Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Bekanntmachung. \*\*\*\*\* Die Verwendung der vom Auftraggeber vorgegebenen Formblätter der Eigenerklärungen ist zwingend. Änderungen an diesen Formblättern sind - soweit nicht durch den Auftraggeber zugelassen - unzulässig und können zum Ausschluss des Angebotes führen. Im Übrigen gelten die Anforderungen in den Vergabeunterlagen. Bei der Erarbeitung und Übersendung des Angebotes ist zudem Folgendes zu beachten:\*\*\*\* a) Die Bieter haben unter Beachtung des genannten Schlusstermins das Angebot elektronisch über die e-Vergabe-Plattform der Bundesverkehrsverwaltung einzureichen, \*\*\*\*\* b) Abgeforderte Nachweise und Urkunden können dem Angebot als Datei beigelegt werden. Der Auftraggeber kann bei Zweifeln und Bedenken die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen verlangen, \*\*\*\*\* c) Die geforderten Eignungsnachweise beruhen im Wesentlichen auf Eigenerklärungen der Bieter. Der Auftraggeber weist daher darauf hin, dass insbesondere im Zusammenhang mit Fragen der Zuverlässigkeit ergänzende Nachweise und Erklärungen vom Bieter oder externen Stellen (Korruptionsregister, Wettbewerbsregister etc.) verlangt oder eingeholt werden können.

#### **Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

### 2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB und fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB: Gefordert wird die Abgabe einer Eigenerklärung pro Wirtschaftsteilnehmer (auch von Unterauftragnehmern sowie von den einzelnen Mitgliedern einer Bewerber-/Bietergemeinschaft) zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen des Bieters /Bewerbers (Unternehmen) gemäß §§ 123, 124 GWB: [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_123.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_123.html) [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_124.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_124.html) ##### Die Eigenerklärung ist unter Verwendung des Formblatts F1 Erklärung zum Unternehmen abzugeben. ##### Ausschluss gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr.833/2014 und des Artikel 2 der VO Nr. 269/2014 (EU): Gefordert wird die Abgabe einer Eigenerklärung des Bieters/ bevollmächtigte der BG hinsichtlich des Vorliegens eines Sanktionstatbestandes nach Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr.833/2014 und des Artikel 2 der VO Nr. 269/2014 (EU) in der jeweils geltenden Fassung. ##### Die Eigenerklärung ist unter Verwendung des Formblatts F Sanktion\_RUS abzugeben. ##### Die Einzelheiten sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0001

**Titel:** Weiterentwicklung und -führung des Führungskräftefeedbacks im BMV  
**Beschreibung:** Folgende Arbeitspakete sind dabei vorgesehen: Arbeitspaket 1: Methodische Weiterentwicklung des Instruments Der AN erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit dem AG (Referat Z 12) ein auf das BMV optimal zugeschnittenes Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung und Weiterführung des Führungskräftefeedbacks. Arbeitspaket 2: Unterstützung bei Kommunikation und Akzeptanzmanagement Begleitend zum Gesamtkonzept des AP 1 erarbeitet der AN ein Kommunikationskonzept, erstellt Informationsmaterialien, führt Informationsveranstaltungen für Führungskräfte und Beschäftigte durch und unterstützt bei der internen Kommunikation. Arbeitspaket 3: Durchführung der periodischen und anlassbezogenen Feedbackprozesse Der AN setzt in enger Abstimmung mit dem Referat Z 12 die periodischen (im Zweijahres-Rhythmus) sowie anlassbezogenen Feedbackprozesse (Führungskräftefeedback und Kurzformat (Pulsbefragung) an den beiden Standorten des BMV in Berlin und Bonn um. Arbeitspaket 4: Auswertung und Berichterstellung Der AN nimmt die Auswertung der Befragungen vor und erstellt individuelle Ergebnisberichte sowie aggregierte Auswertungen. Der AN unterstützt bei Bedarf bei der Präsentation der Ergebnisse gegenüber Leitung und Stakeholdern. Arbeitspaket 5: Durchführung der Auswertungsgespräche; Kurz-Coaching bei Bedarf Der AN führt nach den jeweiligen Befragungen mit jeder teilnehmenden Organisationseinheit ein Erörterungsgespräch per Webex (zunächst mit den jeweiligen Führungskräften und anschließend gemeinsam mit allen teilnehmenden Beschäftigten) durch, um die Ergebnisse zu besprechen. Bei Bedarf hat die Führungskraft die Möglichkeit, im Nachgang ein Kurz-Coaching per Webex (bis zu 5 Stunden) in Anspruch zu nehmen. Arbeitspaket 6: Erstellung von Gesamtanalysen und Handlungsempfehlungen/ Strategische Weiterentwicklung Der AN erstellt nach den jeweiligen Feedbackzyklen Gesamtanalysen mit Handlungsempfehlungen für Personalentwicklung, Führungskultur sowie Organisationsentwicklung. Darüber hinaus entwickelt er Ideen zur strategischen Weiterentwicklung des Instruments und zur Pilotierung neuer Funktionen/ Komponenten. Weitere Informationen sind den elektronisch bereitgestellten Vergabeunterlagen zu entnehmen.  
Interne Kennung: 6#0038

#### 5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79630000 Dienstleistungen im Personalwesen, außer Stellenvermittlung und Ausleih von Arbeitnehmern

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Beliebiger Ort

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist der Sitz des Bundesministeriums für Verkehr in Berlin, soweit die Leistungen nicht diesem Vertrag nach oder ihrer Natur nach an einem anderen Ort zu erbringen sind.

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Laufzeit: 24 Monate

#### **5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Dieser Auftrag kann verlängert werden: Der AG ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens die Leistung nach Ziff. 3.9 der Leistungsbeschreibung auf Grundlage dieses Vertrags gesondert zu beauftragen. Weitere Information sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

##### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Der AG ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, ohne Durchführung

eines neuen Vergabeverfahrens die Leistung nach Ziff. 3.9 der Leistungsbeschreibung auf

Grundlage die- ses Vertrags gesondert zu beauftragen. a) Für den Fall der Auftragsänderung

wird der AG den AN spätestens 3 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gem. § 3 Abs. 2 auf

Grundlage einer die vorgenannten Leistungen konkretisierenden Leistungsbeschreibung zur

Abgabe eines Angebots auffordern. b) Das Angebot bedarf der schriftlichen Annahme durch

den AG. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung besteht nicht. c) Voraussetzung für die

Auftragsänderung sind sachliche Gründe des AG, die die Fortsetzung des

Führungskräftefeedbacks mit dem bisherigen AN als fachlich und wirtschaftlich sinnvoll oder

erforderlich erscheinen lassen. (2) Der AG ist berechtigt, ohne Durchführung eines

Vergabeverfahrens eine neue Vergü- tungsobergrenze nach den folgenden Bestimmungen

festzusetzen. a) Der Auftrag kann aus sachlichen, technischen, rechtlichen oder personellen

Gründen nicht ohne Mehrbedarf ordnungsgemäß und vollständig erbracht werden und

erfordert eine Änderung der Vergütungsobergrenze gem. § 10 Abs. (6) dieses Vertrages. b)

Die Gründe sind nachvollziehbar durch den AN zu dokumentieren und durch den AG

gegenzuzeichnen. Sie können insbesondere vorliegen, wenn nach Vertragsschluss Umstände

eingetreten sind, die einen höheren als den ursprünglich erwarteten Auf- wand verursacht

haben oder verursachen werden und diese Umstände keinem Ver- tragspartner zuzurechnen

sind. c) Die Ermittlung des Mehrbedarfes erfolgt unter angemessener Berücksichtigung der

seit Vertragsbeginn für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung erforderlich geworde- nen

Aufwände (Reise-, Personalkosten) und einer zwischen den Vertragspartnern ab- gestimmten

realistischen Prognose des für eine mangelfreie Erfüllung voraussichtlich noch erforderlichen

Mehrbedarfes. Die Höhe der neuen (angepassten) Vergütungsobergrenze wird aufgrund des

so ermittelten Mehrbedarfs und der im Preis- blatt angebotenen Pauschalpreise und Stundensätze festgesetzt. d) Im Übrigen gilt für die Anpassung der Vergütungsobergrenze das Formerfordernis des § 17 Abs. (4) dieses Vertrages.

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt  
Beschreibung: Alle zu erstellenden Druckerzeugnisse (Berichte, Jahresberichte, Broschüren, Infomappen und Flyer) werden grundsätzlich elektronisch zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare werden nur in der unbedingt erforderlichen Anzahl und doppelseitig gedruckt bzw. produziert (Absprache mit dem AG). - Die im Rahmen der Leistungserbringung gefertigten Ausdrücke sollen auf Recyclingpapier erfolgen, das die Kriterien des Umweltzeichens Blauer Engel (DE-UZ 14 oder DE-UZ 14a) oder gleichwertig erfüllt. Sofern vor-Ort-Besprechungen zwingend notwendig sind, ist bei Inlandsdienstreisen und Dienstreisen in das benachbarte Ausland (insbesondere in gut angebundene Großstädte) als Transportmittel vorrangig die Bahn zu wählen. Ein anderes Transportmittel kann ausschließlich gewählt werden, soweit dies für die Ausführung des Auftrags unbedingt erforderlich ist oder soweit Aspekte der Vereinbarkeit von Familie / Pflege und Beruf dies notwendig erscheinen lassen. Bei Flugreisen in das nicht benachbarte Ausland und solchen, die ausnahmsweise nach Satz 2 durchgeführt werden dürfen, sind Direktflüge zu bevorzugen, so weit dadurch gegebenenfalls entstehende Mehrkosten in angemessenem Verhältnis zu den Zielen der Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit stehen. Sofern im Rahmen einer Dienstreise die Anmietung von Kraftfahrzeugen oder Taxinutzung erforderlich ist, sollen vorrangig emissionsarme Fahrzeuge - möglichst Elektrofahrzeuge gewählt werden.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: F2-Erklärung zur Haftpflichtversicherung (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Die Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung hat mindestens die nachstehenden Schäden mit folgenden Mindestversicherungssummen abzudecken: - Für Personen- und Sachschäden mindestens 3.000.000 EUR pauschal je Schadensfall, - Für Vermögensschäden mindestens 100.000 EUR je Schadensfall

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: F3-Referenzen Unternehmen (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Gefordert werden vergleichbare Referenzen, d.h. Leistungen, die dem Auftragsgegenstand nahekomen oder ähneln und in Umfang, Komplexität (Vielschichtigkeit) und Schwierigkeitsgrad den ausgeschriebenen Leistungen entsprechen. Dabei gelten zusätzlich folgende Mindestanforderungen an die anzugebenden Referenzen: Es sind mindestens drei Referenzprojekte nachzuweisen. Diese Referenzprojekte müssen die Erfahrungen in den Bereichen der - Konzeption von Führungskräftefeedbacks und - Durchführung von Feedbackprozessen und Auswertung der Ergebnisse belegen Beide Bereiche müssen durch die jeweilige Referenz kumulativ abgedeckt sein. Bei den vorgelegten Referenzprojekten müssen mindestens die Konzeptionierung und die Befragungs- und Auswertungsphase zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist abgeschlossen sein. Eine Referenz sollte in einer obersten Bundes- oder Landesbehörde erbracht worden sein. Der AG berücksichtigt auch Referenzen, die mehr als drei Jahre zurück liegen / aus den letzten fünf Jahren (ab 2021)

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch  
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/07/2026 23:59:59 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit  
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://evergabe.bundesverkehrsverwaltung.de/VMPSatellite/notice/CXWSYYDYT1MRKBVC/documents>

**Ad-hoc-Kommunikationskanal:**

URL: <https://evergabe.bundesverkehrsverwaltung.de/VMPSatellite/notice/CXWSYYDYT1MRKBVC>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://evergabe.bundesverkehrsverwaltung.de/VMPSatellite/notice/CXWSYYDYT1MRKBVC>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 04/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 42 Tage

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Angebote sind vollständig vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach pflichtgemäßem Ermessen gemäß § 56 VgV nachzufordern.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: - Formblatt F

Sanktion\_RUS: Abgabe einer Eigenerklärung in Hinblick auf das Vorliegen des

Sanktionstatbestandes des Artikel 5k der VO (EU) 833/2014 und des Artikel 2 der VO Nr. 269 /2014 (EU) (Formblatt F Sanktion) - Verhaltenskodex des BMV: Abgabe einer Eigenerklärung, dass der "Verhaltenskodex für Geschäftspartner des BMV" zur Kenntnis genommen und eingehalten wird.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB (siehe z.B.: [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_160.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_160.html)) hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über

das Vergabeverfahren hin. § 160 GWB lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Die Vergabestelle wird gemäß § 134 GWB (siehe z.B.: [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_134.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_134.html)) die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon vor Zuschlagserteilung nach Maßgabe des §134 Abs. 1 GWB informieren. Bei schriftlicher Information darf der Vertrag erst 15 Kalendertage, bei Information auf elektronischem Weg oder per Fax erst 10 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden (§ 134 Abs. 2 S. 1 und S. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an (§ 134 Abs. 2 S. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:  
Bundesministerium für Verkehr, H14 - Servicestelle-Vergabe  
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesministerium für Verkehr, H14 - Servicestelle-Vergabe

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Verkehr, H14 - Servicestelle-Vergabe

Registrierungsnummer: UStID. DE235213079

Postanschrift: Robert-Schuman-Platz 1

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53175

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Kontaktperson: H14 / Servicestelle-Vergabe

E-Mail: [servicestelle-vergabe@bmv.bund.de](mailto:servicestelle-vergabe@bmv.bund.de)

Telefon: +49 000

Fax: +49 3018300807-1490

Internetadresse: <https://www.bmv.de>

#### **Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt  
Registrierungsnummer: Tel. +49 2289499-0  
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16  
Stadt: Bonn  
Postleitzahl: 53113  
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)  
Telefon: +49 2289499-0  
Fax: +49 2289499-163  
Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)  
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83  
Stadt: Bonn  
Postleitzahl: 53119  
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)  
Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c025d342-4a23-49a8-9fee-d7b765176fb9 - 01  
Formulartyp: Wettbewerb  
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Unterart der Bekanntmachung: 16  
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/07/2026 15:19:35 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit  
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch  
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 462017-2026  
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 127/2026  
Datum der Veröffentlichung: 06/07/2026